

Ministerpräsident will Hartz IV abschaffen

Nach der FDP und Staatsoberhaupt Köhler wirbt auch Thüringens Landeschef Althaus (CDU) für die Idee des Bürgergelds

Von unserem Redakteur
Josef Karg

Augsburg
Neuer Vorstoß für eine alte Idee: Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus macht sich für ein Bürgergeld stark. Er bezeichnet es als neuen Weg, mehr als fünf Millionen erwerbsfähige Bezieher von Arbeitslosengeld II in den ersten Arbeitsmarkt zu führen, die Lohnzusatzkosten zu senken, Bürokratie abzubauen und den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Bundeskanzlerin Merkel soll dem Vernehmen nach für den Vorschlag ein offenes Ohr haben.

Die Idee des Bürgergelds geht auf den Nobelpreisträger und Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman zurück, der den Vorschlag

bereits in den 1960er Jahren ausgearbeitet hatte. In Deutschland gibt es verschiedene Vorstellungen der Umsetzung, unter anderem ein „Ulmer Modell“. Als erste Partei forderte die FDP die Einführung eines Bürgergelds. Seit 1994 steht dies sogar im Parteiprogramm. Auch Bundespräsident Horst Köhler hatte in seiner letzten Weihnachtsansprache für den Grundlohn ohne Gegenleistung plädiert.

● **Vorteile des Bürgergelds:** Das bestehende Sozialsystem zeigt Althaus zufolge eine „zu geringe Effizienz, zu geringe Treffsicherheit, zu viel Bürokratie“. Die Bundesagentur für Arbeit beschäftige inzwischen fast 100 000 Mitarbeiter. Insgesamt gebe es in Deutschland 155 Sozialleistungen, die von 37 Stellen angeboten würden. Darum kam Althaus zu der Erkenntnis: „Lösungen innerhalb des Systems genügen nicht.“ Nur ein Systemwechsel biete

die Chance, dass sich der Arbeitsmarkt als Markt entfalten kann.

● **So sieht das Modell „Althaus“ aus:** „Wir müssen Sozialstaat und Arbeitsmarkt völlig voneinander trennen“, sagt der CDU-Politiker. In Deutschland würden über 700 Milliarden Euro Sozialleistungen im Jahr gezahlt. Althaus schlägt statt Hartz IV und Sozialbürokratie ein solidarisches Bürgergeld vor. Jeder Bürger in Deutschland soll ab dem 15. Lebensjahr zur Grundsicherung 800 Euro vom Staat erhalten – ohne jede Gegenleistung. Für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres gibt es 500 Euro. Davon gehen 200 Euro an die Kranken- und Pflegeversicherung. Damit entfallen alle anderen Sozialleistungen und laut Althaus die gigantische Bürokratie. Jeder Euro, der hinzuverdient wird, muss bis zu 1600 Euro mit 50 Prozent versteuert werden.

Darüber beträgt der Steuersatz 25 Prozent bei halbiertem Bürgergeld. Das löst Althaus zufolge Probleme am Arbeitsmarkt und sichert eine Grundrente.

● **Nachteile des Bürgergelds:** Kritiker zweifeln unter anderem an der tatsächlichen Finanzierbarkeit des Modells. Auch politisch fand sich dafür bislang keine Mehrheit. Bemängelt wird zudem der Wegfall des Leistungsgedankens, wenn das Bürgergeld ohne jegliche Gegenleistung ausgezahlt wird. Für so manchen könnte sich dann nach Ansicht von Fachleuten die Frage stellen, warum er überhaupt noch arbeiten soll. Weitaus mehr Menschen als heute würden dann die Zahlungen nutzen, um keiner weiteren Arbeit nachgehen zu müssen. Möglicherweise kann es zu einem Mangel an Arbeitskräften bei eher unbeliebten Arbeitsplätzen kommen.

ZAHLEN UND FAKTEN

Länger als ein Jahr ohne Job

Langzeitarbeitslose sind Menschen, die länger als ein Jahr keine Anstellung mehr hatten. In Bayern sind das derzeit 152 000 Menschen. Insgesamt gibt es im Freistaat 418 000 Arbeitslose. In diesem Verhältnis spiegelt sich in etwa die allgemeine Lage in Deutschland wider: Hier zählen etwa 36 Prozent der rund 4,4 Millionen Menschen ohne Erwerbstätigkeit (Juni 2006) zu den Langzeitarbeitslosen. Davon sind wiederum 40 Prozent gering qualifiziert.

In ihrem vierten Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes (Hartz IV) hatte die alte Bundesregierung Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt. Seit dem 1. Januar 2005 werden die Hartz-IV-Betroffenen in Arbeitsgemeinschaften betreut. Dort sitzen Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit ebenso wie Vertreter der Kommunen. Langzeitarbeitslose erhalten aus Steuergeldern eine Grundsicherung (Arbeitslosengeld II) von 345 Euro im Monat im Westen sowie Wohngeld aus den Kassen der Kommunen. *litwe*



Viele Langzeitarbeitslose haben keine Perspektive für eine Rückkehr in den Berufsalltag. Auch die Filmmwelt greift solche Schicksale auf. Das ZDF zeigte gestern das Fernsehspiel „Netto“, in dem ein arbeitsloser Verlierer der Hartz-IV-Generation (rechts) im Mittelpunkt steht. Bild: ddp/ZDF

Klare Worte zu Hartz IV

Zu „Ministerpräsident will Hartz IV abschaffen“ (Politik) vom 26. Juli:

Ich finde es richtig, dass endlich einmal jemand das überflüssige Hartz IV sowie die viel zu große Bürokratie abschaffen möchte. In dem Bericht ist zu lesen, es gibt 155 Sozialleistungen, die von 37 Stellen angeboten werden. Dies heißt auch, dass nur wer nicht zum Arbeiten geht und sich voll darauf spezialisiert, hat, Sozialleistungen zu kassieren, kann so ziemlich alle Möglichkeiten, die er hat, ausschöpfen.

Ich finde es richtig, eine Grundsicherung einzuführen in Höhe von 800 Euro, jedoch der Zusatz „ohne jede Gegenleistung“ gefällt mir überhaupt nicht. Was ist dabei, wenn jemand vom Staat 800 Euro im Monat bekommt und er dafür 80 Stunden pro Monat arbeiten

muss. Das heißt auf Deutsch, er hat einen Nettostundenlohn von zehn Euro, die Betonung liegt auf netto! Es gibt sehr viele Arbeiter, die bei weitem keine zehn Euro netto auf die Stunde haben. Mit welcher Begründung wollen unsere Politiker diese Leute zum Arbeiten animieren? **Wolfram Nägele, Gundelfingen**

Bürgergeld – Systemwechsel – Bürokratieabbau! Klare Worte zur rechten Zeit! Denn in einer Zeit, in der die bereinigte Zahl der Arbeitslosen viereinhalb Millionen beträgt, können wir uns nicht mehr der Hoffnung hingeben, durch fragwürdiges Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit noch in den Griff zu bekommen. Dieses Bürgergeld wäre der Einstieg in ein gerechteres, bezahlbares Sozialsystem. Es wäre ein Anfang.

Ellen Kunesch, Landsberg